

Die NSU-Morde in den türkischen Medien

Mehmet Ata

Einleitung

Als im November 2011 bekannt wurde, dass der „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU) für die Morde an sieben türkischstämmigen und einem griechischstämmigen Kleingewerbetreibenden sowie an einer deutschen Polizistin verantwortlich ist, war die Verunsicherung insbesondere unter den Menschen mit türkischem Migrationshintergrund groß. In den deutschen Massenmedien blieb ihre Perspektive auf die Morde jedoch unterrepräsentiert, auch wenn vereinzelt Angehörige der Opfer zu Wort kamen.

Der vorliegende Text wirft einen Blick darauf, welche Folgen die Taten für die Migrantenbevölkerung in Deutschland hatten. Dazu wird die Berichterstattung von vier türkischen Zeitungen untersucht. Ziel ist es einerseits, migrantische Stimmen, die in deutschen Medien nicht zitiert wurden, zu sammeln. Dies können Opfer, Angehörige oder Politiker*innen bzw. Aktivist*innen mit Migrationshintergrund sein. Zum anderen geht der Text davon aus, dass die türkischen Medien maßgeblich zur Meinungsbildung der Migrant*innen in Deutschland beigetragen haben. Eine Untersuchung des Meinungsforschungsinstituts Data4U im Auftrag der Hacettepe Universität (Ankara, Türkei) hat ergeben, dass sich 87 Prozent der türkischen Migrant*innen die Ereignisse, die mit den NSU-Morden in Verbindung stehen, „hautnah verfolgen“ und dass ihre Quellen überwiegend türkische Medien sind (<http://www.data4u-online.de/wp-content/uploads/2012/02/Pressemitteilung-11012012-2.pdf>).

Wichtige Aspekte bei der Untersuchung werden das vermittelte Deutschlandbild, die Verknüpfungen zu anderen Diskursen sowie Begriffsverwendungen sein. Darüber hinaus wird der Frage nachzugehen sein, ob die NSU-Morde in einen Kontext gestellt werden, insbesondere welche Verbindung zur anderen rassistischen Organisationen und Taten gesehen wird. Auch die Frage, wie Täter und Opfer dargestellt werden, ist von Bedeutung.

Auswahl der Zeitungen

Untersucht wurden die Zeitungen Sabah, Yeni Hayat, Zaman und Hürriyet. Somit wird garantiert, dass ein großes Meinungsspektrum abgedeckt wird. Alle untersuchten Zeitungen werden (auch) in Deutschland vertrieben. Zudem haben die Sabah und die Hürriyet einen festen Platz beim NSU-Prozess erhalten - Yeni Hayat hat durch ihre Schwesterzeitung Evrensel auch einen Platz im Gerichtssaal (der Journalist Yücel Özdemir schrieb sowohl für die Evrensel als auch für Yeni Hayat). Untersucht wurde der Zeitraum von November 2011 bis Dezember 2013.

Der Materialzugang erwies sich als schwierig. Anfragen bei mehreren türkischen Zeitungen verliefen ins Leere. Nach mehrmaligem Nachfragen teilte man dort jeweils mit, dass das Thema „sehr sensibel“ sei und man sich zurückhalten wolle. Das Zeitungsarchiv des türkischen Parlaments hat auf eine Anfrage nicht reagiert. Daher mussten wir auf eine Datenbanksuche auf den Internetseiten der Zeitungen ausweichen. Lediglich Yeni Hayat hat PDF-Seiten mit ihren Artikeln zu den NSU-Morden zur Verfügung gestellt.

Die Sabah (Der Morgen) ist eine AKP-nahe Tageszeitung mit einer Boulevard-Aufmachung. Sie gehört seit 2008 zur Çalık-Gruppe, die auch im Textil-, Bau-, Energie- und Finanzsektor aktiv ist. Die 1985 gegründete Zeitung ist mit 340.000 verkauften Exemplaren täglich die viertgrößte Zeitung der Türkei. In Deutschland erreicht sie nach eigenen Aussagen etwa 60.000 Leser*innen (<http://sabah.de/de/mediadaten-sabah>). Yeni Hayat (Neues Leben) ist eine 14-tägig erscheinende deutsch-türkische Zeitung mit Sitz in Köln, sie ist weit links im politischen Spektrum zu verorten. Die Yeni Hayat steht der Migrant*innenorganisation DIDF nahe. Die Zeitung erreicht nach Angaben ihres Redakteurs Yücel Özdemir eine Auflage von 1500 Exemplaren. Die vorliegende Untersuchung hat ausschließlich türkische Artikel aus der Zeitung analysiert, da diese von den Leser*innen der Zeitung stärker wahrgenommen werden, wie auch die Redaktion bestätigt. Die islamisch-konservative Zaman (Zeit) ist mit etwas mehr als eine Million verkauften Exemplaren täglich die größte Tageszeitung in der Türkei. In Deutschland hat sie laut der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern eine verkaufte Auflage von knapp 30.000. Die Zaman wird der islamischen Bewegung des Predigers Fethullah Gülen zugerechnet. Im Zuge der Auseinandersetzungen zwischen Gülen und dem türkischen Ministerpräsidenten Tayyip Erdoğan hat sich die Zeitung in der jüngeren Vergangenheit sehr regierungskritisch positioniert. Die Hürriyet (Freiheit) gehört zur Doğan-Holding und ist mit mehr als 400.000 verkauften Exemplaren die drittgrößte in der Türkei. Die Boulevard-Zeitung, die bereits 1948 gegründet wurde, positioniert sich traditionell regierungsnah. Sie hat sich in der Vergangenheit immer wieder den häufig wechselnden Mehrheiten im türkischen Parlament angepasst. Zur regierenden AKP hält sie jedoch Abstand.

Sabah

Verharmlosende und problematische Begriffe

Die Sabah offenbarte zumindest zu Beginn des Untersuchungszeitraums einen unreflektierten Gebrauch von Begriffen. Am 14.11.2011 schrieb die Zeitung unter der Überschrift „Verantwortliche für Döner-Morde festgenommen“ (Dönerci cinayetinin sorumlusu tutuklandı) über die Festnahme von Beate Zschäpe. Der Begriff „Dönermorde“ wurde dabei nicht distanzierend in Anführungszeichen gesetzt. Im weiteren Verlauf des Sabah-Diskurses tauchte der Begriff nicht wieder auf. Noch am 14. November 2011 war in dem Artikel „Die Täter haben sich als Agenten entpuppt“ (Katiller ajan çıktı) von dem „Trio“ die Rede, was eine verharmlosende Formulierung ist. Ähnlich war es in deutschen Medien. Dort hat man den Begriff der „Döner-Morde“ vermieden, nachdem die Tathintergründe deutlich wurden. Jedoch wird noch immer vom „Trio“ gesprochen.

Im weiteren Verlauf des Diskurses wurde der NSU vor allem als „neonazistische Terrororganisation“ bezeichnet. Am 14. Dezember 2011 wurde ein zusätzlicher Begriff eingeführt. In einem Artikel darüber, dass zwei neue Videos auftaucht seien, wurde die Mordserie als „türkische Morde“ (Türk cinayetleri) bezeichnet. Damit wurden die Opfer in den Mittelpunkt gerückt. Auch am 30.06.2012 hieß es in einer Überschrift „Türk cinayetleri“. Der Begriff birgt aber die Gefahr, die Täter als Türken zu verorten.

Diskursverknüpfungen

Der Diskurs um die NSU-Morde wurde wiederholt mit anderen Diskursen verknüpft, indem die Autor*innen der Zeitung die Frage stellten, für welche Taten der NSU noch verantwortlich sein könnte. Mitte November fragte die Sabah: „War auch Ludwigshafen ihre Tat?“ (Ludwigshafen de onların i i mi?). Am 2. Februar 2008 war dort ein Feuer in einem von Türk*innen bewohnten Haus ausgebrochen. Die Sabah verwies auch auf weitere ungeklärte Fälle: Über eine Brandserie in Völklingen (Saarland) hieß es: „In der besagten Kleinstadt gab es zwischen 2006 und 2011 zehn Brandstiftungen in Häusern, die mehrheitlich von Ausländern, vor allem Türken, bewohnt waren.“ Im Juni 2012 stellte die Sabah wieder eine Diskursverknüpfung zu einem ungeklärten Fall her. Das Bundeskriminalamt untersuche einen Fall aus dem Jahr 1993, um möglichen Verbindungen zum NSU nachzugehen. Damals war der Religions- und Sozialattaché im Hamburger Generalkonsulat, Ali Mangao lu, von einem Zivilpolizisten angeschossen worden. Mangao lu erlag später seinen Verletzungen.

Die wohl interessanteste Verknüpfung nahm im Mai 2013 der stellvertretende Ministerpräsident der Türkei, Bekir Bozda, vor. Er bezeichnete die Mordserie des NSU implizit als zweites Solingen. Der in der Sabah erschienene Artikel soll hier in Gänze wiedergegeben werden:

Wir haben Solingen nicht vergessen: Der stellvertretende Ministerpräsident Bekir Bozda hat zusammen mit seinem Gefolge die Familie Genç besucht, die 1993 in Solingen von Rassisten in Brand gesteckt wurde und fünf Angehörige verlor. Bozda sagte: „20 Jahre haben diesen Schmerz nicht gelindert. Seit diesem Tag streben wir danach, dass es kein weiteres Solingen gibt, aber leider konnten wir es nicht verhindern. Uns ist sehr unwohl.“ Bozda sagte, er erwarte vom Münchener NSU-Prozess, dass alle Unklarheiten aufgedeckt, alle Fragen beantwortet werden und am Ende ein Urteil gesprochen wird, das für Gerechtigkeit sorgt. („Solingen'i unutmadık" Ba bakan Yardımcısı Bekir Bozda , yanındaki heyetle birlikte 1993 yılında Almanya'nın Solingen kentinde ırkçılar tarafından kundaklanan evde 5 ferdini kaybeden Genç ailesini ziyaret etti. Bozda , "20 yıl bu acıyı dindirmedi. O günden bugüne ba ka Solingenler olmasın diye gayret ediyoruz ama maalesef önüne geçilemedi. Bundan çok rahatsızız" diye konu tu. Bozda , "Münih'te devam eden NSU ırkçı terör örgütü davasında bütün karanlıkların aydınlı a kavu turuldu u, bütün soruların cevap buldu u bir yargılama süreci i letilmesini ve sonunda da 'adalet yerini buldu' dedirten bir karar çıkmasını bekliyoruz" dedi.)

Nicht nur in der Sabah gab es die Diskursverknüpfung zu Solingen. Auch andere türkische Zeitungen stellten Verbindungen her. Die Yeni Hayat zum Beispiel machte dies über den Hinweis, dass sowohl beim NSU als auch beim Solinger Anschlag Verfassungsschützer im Hintergrund eine Rolle gespielt hätten. Die Solinger Anschläge haben sich tief in das Gedächtnis der türkischstämmigen Bevölkerung eingebrannt. Parallelen werden - wie hier deutlich wird - nicht nur bei Brandanschlägen mit rassistischem Tatmotiv hergestellt, sondern auch bei andersgearteten Angriffen auf die türkischstämmige Bevölkerung in Deutschland.

Opferangehörige kommen zu Wort

In der Sabah erhielten die Angehörigen der Opfer eine Stimme. Während sich die türkischen Zeitungen in der übrigen Berichterstattung oft auf deutsche Medien stützten (vor allem Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Spiegel und die Deutsche Welle mit ihrem türkischsprachigen Programm), konnten sie bei der Befragung von Angehörigen ihre ureigenen Stärken nutzen.

Es fällt jedoch auf, dass die Wiedergabe der Opferperspektive in der Sabah konjunkturellen Schwankungen unterlag. Stimmen der Opferseite wurden vor allem zu Beginn des Untersuchungszeitraums aufgegriffen (also Ende 2011) und dann erst mal nicht mehr. In einem Artikel vom 14. November 2011 wurden gleich drei Angehörige zitiert. Ihre Aussagen belegen eine tiefe Trauer, Wut und den Wunsch nach Aufklärung und Bestrafung der Täter*innen. Kerem im ek, der Sohn von Enver im ek sagte: „Als sie meinen Vater töteten, war ich 13, meine Schwester 14 Jahre alt. Worte reichen nicht aus, um unseren Schmerz zu beschreiben. ("Babamı öldürdüklerinde ben 13, ablam 14 ya indaydı. Çekti imiz acıyı anlatmaya kelimeler yetmez" dedi.) Enver im eks

Tochter Semiya sagte: „Als mein Vater getötet wurde, haben die deutschen Polizisten meine Mutter verhört. Sie haben sie beschuldigt, meinen Vater getötet zu haben. Zwei meiner Onkel wurden festgenommen und verhört ("Babam öldürüldü ünde Alman polisi annemi sorguya çekti. Kocanı sen öldürdün diye itham etti. Dayılarımdan ikisi gözaltına alınıp, sorgulandı" diye konu tu).

Auch den Biografien der Opfer wurde in der Sabah vergleichsweise viel Platz eingeräumt. In „Die offengelegte Wahrheit“ (Ortaya çıkan acı gerçek) vom 15. Dezember 2011 wird die Geschichte des Opfers Mehmet Turgut (er war 2004 ermordet worden) erzählt. Er war zusammen mit seinem Bruder nach Deutschland gereist - „mit der Hoffnung auf ein besseres Leben“, wie die Sabah schrieb.

Dabei erwähnte die Zeitung auch, dass die Brüder mithilfe von Menschenhändlern nach Deutschland gekommen waren und dass Mehmet Turgut wegen einer nicht näher erläuterten Tat im Gefängnis saß. Nach seiner Freilassung benutzte er den Pass seines Bruders. Die Zeitung scheute sich damit nicht, auch problematische Details in der Biografie des Opfers zu thematisieren. Die Identifizierung mit den Opfern war offensichtlich so stark, dass auch negative Aspekte in der Biografie ausgehalten werden konnten. Deutsche Zeitungen hätten vermutlich größere Hemmungen, die kriminelle Vergangenheit des Opfers ausführlich darzustellen. In der Sabah wurde die illegale Einreise als Beleg für sein besonders großes Bemühen, nach Deutschland zu kommen, dargestellt.

Unmittelbar vor Beginn des Prozesses am 6. Mai 2013 erschien in der Sabah ein ausführlicher Artikel über den Prozess. Dabei wurden sehr viele Aspekte detailliert betrachtet: der Richter, die Anwälte, die Angeklagten, die voraussichtliche Prozessdauer usw. Doch Opferangehörige wurden nicht zitiert. Erst am ersten Prozesstag erhielten die Angehörigen wieder eine Stimme. Vor allem die Aussagen von Semiya im ek belegen das zerrüttete Verhältnis zu Deutschland:

Semiya im ek: „Ich habe mein Vertrauen in Deutschland verloren. Ich trage viele Fragen in mir. Warum mein Vater? War das Zufall? Wonach haben sie ihre Opfer ausgesucht?“ Außerdem erhoffe sie sich Antworten auf die Frage, warum die Behörden die Opferfamilien nach den Taten unter Verdacht stellten. ("Almanya'ya güvenim kırıldı" dedi. " çimde ta ıdı im pek çok soru var. Neden benim babam? Tesadüf müydü? Öldürecekleri insanları hangi kıstaslara göre seçiyorlardı" diyen im ek, ayrıca kurban ailelerinin cinayetler sonrası hangi gerekçelerle güvenlik birimleri tarafından zan altında bırakıldı ı sorusunun açıklı a kavu masını da bekliyor.)

Dilek Özcan, die Tochter des NSU-Opfers Ismail Yasar, beschrieb ihre Gefühle, als sie im Gerichtssaal Beate Zschäpe sah. Sie habe einen tiefen Hass verspürt, sagte sie. In dem Moment habe sie an ihren Vater gedacht. „Zuerst habe ich vor Wut gezittert. Als ich das ruhige und freche Verhalten von Zschäpe sah, habe ich einen tiefen Hass verspürt. Jedoch glaube ich, dass sie ihre gerechte Strafe erhalten wird.“ (Dilek Özcan da duru ma salonunda Zschäpe'yi görünce derin nefret hissetti ini söyledi. O anda babasının aklına geldi ini söyleyen Özcan, "Önce sinirden

titredim. Zschaeppe'nin rahat ve imarık hareketlerini görünce derin nefret hissettim. Ancak hak etti i cezayı alacına eminim" dedi.)

Adile im ek, die Witwe von Enver im ek, äußert sich ähnlich über Zschäpe: „Als ich im Gericht sah, wie die Hauptangeklagte Zschäpe Kaugummi kaute, habe ich schlechte Laune bekommen. In dem Moment verspürte ich das Verlangen, sie zu töten. Als mein Mann gestorben ist, haben sie mich beschuldigt. Er nimmt Drogen, hat schlechte Angewohnheiten, haben sie gesagt. Weder Türken noch Deutsche haben mir geglaubt. Die Menschen in meinem engsten Umfeld haben sich nach dem Mord von mir abgewendet. Als klar wurde, warum die NSU-Morde begangen wurden, haben sie wieder angefangen, zu mir zu kommen. Nachdem sie an meinen schlechten und schwierigen Tagen nicht bei mir waren.“ (Adile im ek, "Mahkemedede ba sanık Zschaeppe'yi sakız çi neyinçe çok moralim bozuldu. Bir an içimden benim de onu öldürmek geçti. E im ölünce beni suçladılar. Uyu turucu kullanıyor, kötü alı kanları var dediler. Ne Türk, ne de Almanlar bana inandı. En yakınımdaykiler cinayetden sonra benden uzakla tılar. NSU cinayetlerinin neden yapıldı ı ortaya çıkınca benim yanıma gelmeye ba ladılar. Kötü ve zor günlerimde yanımda olmadıktan sonra" diye konu tu.)

Negatives Deutschlandbild

Wenig überraschend ist, dass in der Berichterstattung ein negatives Deutschlandbild gezeichnet wurde. Wie auch in den deutschen Zeitungen ging es in der Sabah immer wieder um das Versagen der Sicherheitsbehörden - vor allem von Juli bis September 2012 bildete dies einen Schwerpunkt der Berichterstattung. In diesem Zeitraum behandelte fast jeder Artikel Fehler von Behörden und oder (mögliche) Rücktritte von Beamt*innen und Politiker*innen.

Auch vermeintlich positive Entwicklungen wurden kritisch gesehen. Das wurde vor allem deutlich, als die Sabah am 31. Januar 2012 Entschädigungszahlungen für die Opfer des Bombenanschlags in der Kölner Keupstraße thematisiert. In dem Text der Nachrichtenagentur Cihan, der auch in der Zaman abgedruckt wurde, heißt es, dass die Bundesregierung fünf- bis zehntausend Euro pro Person gezahlt habe. Weitere Zahlungen seien denkbar, so wird das Justizministerium zitiert. Mit der Überschrift „Schweigegeld von den Deutschen“ („Almanlardan ‚sus payı‘“) wurden die Zahlungen in ein sehr negatives Licht gerückt. Im Text kam Muzaffer Türko lu zu Wort, ein Mann, der beim Anschlag verletzt wurde. Obwohl er das Geld nicht haben wollte, seien ihm 5000 Euro überwiesen worden, erklärte er. Angeblich habe das Bundespräsidialamt gesagt, das Geld werde unter der Bedingung gezahlt, dass die Opfer keine Prozesse anstreben und stillhalten. Das Justizministerium habe das Geld dann ohne Bedingungen überwiesen. Türko lu wurde folgendermaßen zitiert:

„Kein Geld kann unsere Benachteiligung aufheben. Gegenüber mir und meinem Bruder haben sie sich so verhalten, als seien wir die Täter. Wir wurden einem DNA-Test unterzo-

gen. Dauernd wurde mein Haus und mein Auto durchsucht. Wir wurden verfolgt. Sie haben sogar mein Hemd weggenommen, um es zu untersuchen. Ich habe es nicht wiederbekommen. Deshalb denke ich nicht daran, das Geld anzunehmen.“ (Ya adıımız ma duriyetlerin karılı para olamaz. Ben ve kardeime patlamanın sorumlusuyuz gibi davrandılar. DNA testine sokulduk. Sürekli evim ve arabam arandı. Takip edildik. Gömle im bile incelenmek için alındı; geri verilmedi. Bu yüzden verilen parayı kabul etmeyi dü ünmiyorum.)

Die Sabah hält sich in fast allen Texten mit scharfen Tönen weitgehend zurück. Eine Ausnahme bildet der Artikel mit der Überschrift „Doppeltes Maß in Deutschland“ (Almanya'da çifte standart) vom 18. Mai 2012. Der Text thematisiert, dass Zschäpe zu Beginn des NSU-Prozesses ohne Handschellen im Gerichtssaal war.

„Einerseits sind ein türkischer und ein griechischer Jugendlicher, die einen älteren Deutschen krankenhaushausreif geschlagen haben, in Handschellen, andererseits ist Zschäpe, die verdächtigt wird, zehn Menschen getötet zu haben, frei.“ (Bir yanda ya lı bir Alman'ı döverek hastanelik eden biri Türk di eri Yunanlı iki genç, elleri kelepçeli, di er yanda 10 ki inin katil zanlısı Zschaepe serbest).

Der Text verweist auf einen Prozess fünf Jahre zuvor um den damals 20-jährigen Serkan A. und den 17-jährigen Spyridon L. Sie hatten an einer U-Bahn-Haltestelle einen 76-Jährigen brutal zusammengeschlagen. Auch die Zaman sieht ein doppeltes Maß, sie verglich Zschäpe mit den verdächtigen Türkischstämmigen, die einen jungen Mann am Berliner Alexanderplatz zu Tode geschlagen haben sollen.

Streit um Platzvergabe beim NSU-Prozess

Ende März 2013 entbrannte ein Streit um die Presseplätze beim NSU-Prozess in München, der mehrere Wochen andauerte. Zunächst wurden keine türkischen Medien berücksichtigt, woraufhin die Sabah eine Klage einreichte und Recht bekam.

Der Streit bot für türkische Zeitungen die Möglichkeit der Selbstinszenierung, weil sie sich selbst zum Gegenstand der Berichterstattung machen konnten. Am intensivsten und pathetischsten hat die Sabah die Diskussionen verfolgt. Bereits am 26. März 2013 bezeichnete die Zeitung im Artikel „Bei dem Prozess werden keine türkischen Journalisten zugelassen“ (O davaya Türk gazeteci alınmayacak) den Streit wiederholt als Skandal. Auch andere bedeutende internationale Medien hätten keine Plätze erhalten, darunter BBC, Al Dschasira, NZZ. Somit wird der Skandalcharakter der Entscheidung noch verstärkt.

In der Sabah fällt auf, dass sie nicht nur selbst kommentierte, sondern oft auf Kommentare von anderen Zeitungen verwies. So zitierte sie die Süddeutsche Zeitung mit ihrer Prophezeiung, dass

die Haltung des Gerichts das Vertrauen in die deutsche Justiz erschüttern werde. In den Folgetagen kamen etliche Politiker mit kritischen Stellungnahmen zur Haltung des Gerichts zu Wort, darunter der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel und seine Stellvertreterin Aydan Özoğuz.

Ausführlich wird der stellvertretende Ministerpräsident der Türkei, Bekir Bozda, zitiert. Durch seine Worte wird das negative Deutschland-Bild verstärkt:

„Das deutsche Gericht hat leider dem Botschafter der Türkei, dem Kommissions-Vorsitzenden (gemeint ist die Menschenrechtskommission des türkischen Parlaments, Anm. M.A.), den Abgeordneten und den türkischen Medien keinen Platz eingeräumt. Das zeigt, dass das Gericht parteiisch ist. Das Gericht muss jedoch objektiv und gerecht sein. Den Betroffenen muss ein Platz eingeräumt werden, und der türkischen Seite.“ ("Alman mahkemesi maalesef Türkiye'nin Büyükelçisine de komisyon ba kanına da milletvekiline de medyasına da orada yer vermemi" ifadelerini kullanan Bozda, "Bu unu gösteriyor; mahkemenin bu i te taraf pozisyonunda oldu unu gösteriyor. Halbuki mahkeme objektif olmalı, adil olmalı, adaletiyle konu malı. Ma durlara orada yer vermeli ve Türk tarafına yer vermeli" dedi.)

Nachdem die Sabah ihre Klage ankündigte, rückte sie sich ins Zentrum der eigenen Berichterstattung. Am 10. April 2013 schrieb sie: Deutschland spricht über die Sabah (Almanya SABAH'ı konu uyor). Ihre Klage beschrieb die Zeitung im Krimi-Stil. Der „angesehene Anwalt“ Prof. Dr. Ralf Höcker, vier seiner Mitarbeiter und Mitarbeiter der Sabah hätten am 5. April 2014 um 23.57 Uhr die Klage eingereicht, nur drei Minuten vor Fristende. Deutsche Medien stünden hinter der Sabah, wurde erklärt.

Am 12. April 2013 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass ausländische Medien bei der Platzvergabe ausreichend berücksichtigt werden mussten. Ein Tag später schrieb die Sabah wenig bescheiden: Sabah hat historischen Prozess gewonnen (Tarihi davayı SABAH kazandı). Dabei verwies die Zeitung auf das enorme Interesse der deutschen Medien: Es habe Live-Schaltungen vom Gericht und etliche Anfragen bei der Sabah gegeben.

In die Berichterstattung mischten sich nationalistische und militaristische Töne. Nach der Neu-auslosung der Presseplätze schrieb die Zeitung: „Sabah hat gekämpft, die Türkei hat gewonnen“ (SABAH sava tı Türkiye kazandı). Das Wort „sava“ bedeutet im Türkischen „Krieg“.

Täterbeschreibung

In der Berichterstattung der Sabah wurde den Tätern vor Beginn des Prozesses kein sehr großer Platz eingeräumt. Der erste ausführliche Artikel über Beate Zschäpe erschien am 15. April 2013 (En tehlikeli katil gizemini koruyor). Sie wird darin als gefährlichster Neo-Nazi beschrieben, man wisse über sie aber sehr wenig, hieß es. Bekannt sei lediglich, dass sie neun verschiedene Identitäten genutzt habe und dass ihre Nachbarin sie als liebevollen Menschen kannte. Zudem wurde in wenigen Sätzen ihr familiärer Hintergrund dargestellt. Ihr leiblicher Vater habe sie nicht akzeptiert, sie habe im Kleinkindalter mehrmals den Nachnamen gewechselt und dann den Nachnamen des zweiten Ehemanns ihrer Mutter angenommen. Ihre Großeltern hätten sie großgezogen.

Mit dem Prozessauftritt ging eine starke Fokussierung auf Zschäpe einher - wie es auch bei deutschen Zeitungen der Fall war. Sie wurde als Nazi-Braut (Nazi Gelini) beschrieben. Sie sei selbstbewusst gegenüber den Kameralenten aufgetreten und habe den Opferangehörigen den Rücken gekehrt, um ihnen nicht in die Augen schauen zu müssen. Und sie habe von Zeit zu Zeit mit ihren Anwälten gelacht. Auch das Aussehen von Zschäpe beschrieb die Sabah ausführlich. Es hieß, dass sie die Angeklagte mit ihrer Frisur und ihrer Kleidung ganz anders aussehe als auf den Fahndungsbildern.

Yeni Hayat

Bei der Yeni Hayat fällt auf, dass bereits kurz nach Bekanntwerden der Hintergründe der NSU-Mordserie alle wichtigen Elemente der Berichterstattung erkennbar waren. Die Zeitung wich in den folgenden eineinhalb Jahren kaum von dieser Linie ab. Ende November 2011 wurde die Grundhaltung der Zeitung deutlich: Sie sah in den Morden einen Beleg für den existierenden Rassismus in Deutschland und für die Verstrickung der Sicherheitsbehörden in die Taten. Sie forderte ein Verbot der NPD und vernachlässigte die Opfersicht.

Yeni Hayat widmete am 25. November 2011 die komplette Seite 1 den NSU-Morden. Fast seiten groß war eine Deutschlandkarte mit schwarzer Fläche zu sehen. Darauf waren die Namen der Opfer rechter Gewalt seit 1990 aufgeführt. In den unteren drei Reihen waren in etwas größerer Schriftart die Namen der Opfer der NSU-Morde zu sehen. In einem roten Kasten darunter waren Porträtbilder der Opfer abgebildet. Der Text dazu: „Es reicht! Es ist Zeit, mit dem Rassismus abzurechnen“ (Artık yeter! Irkçılıkla hesapla ma zamanı“. Die Zeitung rückte damit die Opfer in den Mittelpunkt der Berichterstattung. Die Verbrechen des NSU wurden in eine „lange Geschichte“ der rechten Gewalt eingeordnet. Damit erschienen die Taten als nicht einmalig, sondern Folge einer Entwicklung. Der NSU wurde kontextualisiert.

Die „lange Geschichte“ wird auch mit einem Artikel vom 3. Februar 2012 erzählt. Bei der Gründung der BRD hätten Personen mitgewirkt, die bereits im Hitler-Regime herausragende Positionen besetzt hätten. Aus einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der Linkspartei im Bundestag gehe hervor, dass der Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger und 23 Minister Mitglieder der NSDAP gewesen waren. Besonders viele NSDAP-Mitglieder seien bei der CDU gelandet. Am 23. November geschah in einem anderen Artikel ähnliches. Dabei ging es um die Geschichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz. In dieser langen Geschichte erschienen die NSU-Morde aber als Zäsur. Eine besondere Verantwortung wurde abgeleitet. Deutlich wurde dies unter anderem in einem Gastbeitrag der Vorsitzenden der Migrant*innenorganisation DIDF, Özlem Alev Demirel, am 20. Juli 2012. Sie skandalisierte darin, dass es für staatliche Behörden offensichtlich kein Problem sei, dass bald in Dortmund, wo Mehmet Kuba ik getötet wurde, ein Nazi-Aufmarsch stattfinden werde.

Verstrickung der Sicherheitsbehörden

Ebenfalls bereits am 25. November 2011 zweifelte ein Text auf der Seite 3 an, dass der deutsche Staat nichts von den Hintergründen der Taten gewusst habe. Der Staat müsse seine Verbindungen zu rassistischen Organisationen hinterfragen, hieß es im Artikel. Ein Mitarbeiter des hessischen Verfassungsschutzes sei bei sechs Morden in Tatnähe gewesen. Die Opfer seien verdächtigt und „fast zu Tätern“ gemacht worden. Die Behörden hätten kriminelle Strukturen im Bereich der Mafia, des Frauenhandels, des Drogenhandels und des Glücksspiels vermutet, so die Zeitung. In derselben Ausgabe wurde ein Gastbeitrag der innenpolitischen Sprecherin der Linken im Bundestag, Ulla Jelpke, veröffentlicht, der sich gut in die Berichterstattung der Yeni Hayat einfügte. Jelpke forderte darin die Auflösung des Verfassungsschutzes, weil er für die Bekämpfung des Rechtsterrorismus ungeeignet sei.

Am 3. Februar 2012 druckte die Yeni Hayat auf ihrer Titelseite eine Bildmontage ab, auf der der damalige Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich mit einer Augenklappe zu sehen war. Daneben die Frage: Warum ist das rechte Auge blind? Im Anreißer dazu hieß es, dass es auf der einen Seite eine Verstrickung von Staat und rechten Organisationen gibt, und dass auf der anderen Seite Abgeordnete der Linkspartei verfolgt würden. In dem dazugehörigen Leitartikel auf der Seite 2 stand, dass der Staat die NPD mit Wahlkampfgeldern und Zahlungen über V-Leute unterstütze. Jetzt sagten höchste Vertreter des Staates, dass es Sinn mache, ein Verbot der Linkspartei zu prüfen, hieß es im Text. Es blieb unklar, wer damit gemeint war.

Die Kritik an den Verfassungsschutzämtern erreichte in der Ausgabe vom 6. Juli 2012 einen Höhepunkt. Die Zeitung machte mit einem Foto auf, auf dem ein Plakat mit den Umrissen der drei Angehörigen des NSU zu sehen war. Darunter stand die Frage: „Wer schützt uns vor dem Verfassungsschutz?“ - Nazi morden, der Staat mischt mit. In dem dazugehörigen Artikel mit der Über-

schrift „Die Wahrheit wird verheimlicht“ (Gerçekler gizleniyor) thematisierte die Yeni Hayat, dass der Verfassungsschutz wenige Tage nach Aufdeckung des NSU Unterlagen vernichtete.

Neben Stimmen aus der Linkspartei bemühte sich die Yeni Hayat auch um Interviews und Stellungnahmen von den Grünen. Memet Kılıç kommt häufig zu Wort; am 6. Juni 2012 erschien zudem ein Interview mit Hans-Christian Ströbele. Darin erklärte der Grünen-Politiker, dass das Versagen der Sicherheitsbehörden die NSU-Morde ermöglicht habe.

Die Kritik der Yeni Hayat an den Sicherheitsbehörden war fundamental. So hieß es am 17. August 2012, dass es zwar Rücktritte gegeben habe, sich die grundsätzliche Politik aber nicht geändert habe. Die Yeni Hayat sprach wiederholt von einem systematischen Versagen der Behörden. Am 12. September 2012 fragte ein Artikel sehr polemisch: „Gibt es beim NSU noch jemanden, der nicht Agent ist?“ Verwiesen wurde auf die mutmaßlichen NSU-Unterstützer Thomas Starke und Ralf Wohlleben.

In der Folgezeit ging es immer wieder um die Rolle der Sicherheitsbehörden, kaum eine Ausgabe kam ohne einen Hinweis darauf aus. Dies geschah mit eigenen Artikeln, aber auch mit Gastbeiträgen. So bemängelt am 26. April 2013 der bekannte Verfassungsschutz-Kritiker Rolf Gössner die Vorschläge für die Zentralisierung des Verfassungsschutzes. Er plädiert für ihre Auflösung.

Neben den zahlreichen kritischen Artikeln über die deutschen Behörden gab es Beiträge, die ein positives Deutschlandbild vermittelten. Ein Beispiel hierfür war das Interview mit dem Bezirksbürgermeister in Köln-Ehrenfeld, Josef Wirges, am 26. November 2012. Er präsentierte sich als deutscher Politiker, der einen kritischen Blick auf die Aufarbeitung der NSU-Morde hat und Deutsche und Migranten Seite an Seite im Kampf gegen Rassismus sehen möchte. Obwohl er selbst nichts mit der Aufarbeitung der Morde zu tun hat, entschuldigt sich Wirges im Interview bei Migranten. Die Opfer des Bombenanschlags auf der Keupstraße (die nicht in seinem Stadtteil liegt) seien verdächtigt worden, man habe die Opfer ein zweites Mal bestraft, so Wirges. Der Kommunalpolitiker kritisierte im Interview die Sicherheitsbehörden scharf und forderte ihre bessere Kontrolle. Er betonte, es sei wichtig, dass Deutsche und Migrant*innen gemeinsam gegen Rassismus aktiv sind. Zugleich erwähnte er, dass sich viele Migrant*innen zurückziehen, wenn es zu rassistischen Überfällen kommt. Das Interview mit Wirges war aus journalistischer Sicht überflüssig. Der Interviewte hat weder einen politischen noch einen persönlichen Bezug zu den Taten des NSU bzw. zu deren Aufarbeitung. Es ist offensichtlich, dass die Yeni Hayat ihn deshalb befragt hat, weil er eine zwischen Deutschen und Migrant*innen vermittelnde Position einnimmt. Das scheint ein Beleg für den Wunsch der Zeitung zu sein, auch positive Beiträge zu veröffentlichen.

Starke Thematisierung der NPD

Yeni Hayat wies bereits am 25. November 2011 auf die aus ihrer Sicht problematische Verbindung von Sicherheitsbehörden und Neonazi-Parteien hin. Als Beleg wurden V-Leute in der NPD genannt. Der Staat baue keinen Druck auf rassistische Organisationen auf, stattdessen solle er für ihren Weiterbestand unter Verwende sie bei Bedarf als politisches Instrument, schrieb die Zeitung. Diese Praxis müsse im Lichte der aufgedeckten Wahrheiten ernsthaft hinterfragt werden (Irkçı örgütlerin üstüne gitmek yerine, denetim altında varlıklarını sürdürmelerini sağlamaya; gerektiğinde siyasi bir enstrüman olarak kullanma biçimindeki bu politika, ortaya çıkan çarpıcı gerçekler ışığında ciddi bir biçimde sorgulanmayı ve hesaplamayı gerektiriyor.). Der Artikel forderte das Verbot von rassistischen Organisationen. Jedes Hindernis hierfür bedeute eine Einladung für neue Morde und Massaker. Der Artikel endete mit einem Aufruf an die deutsche und migrantische Bevölkerung, gegen Rassismus zu kämpfen.

Auf Seite 4 der Ausgabe ging die migrationspolitische Sprecherin der Linken im Bundestag, Sevim Dağdelen, in einem Gastkommentar noch einen Schritt weiter. Sie schrieb, dass die großen Parteien im Bundestag mit ihren ausländerfeindlichen Parolen rechte Gruppierungen gestärkt hätten. Auch Sarrazin sei ein ideologischer Wegbereiter des NSU gewesen, schrieb sie. Ähnliche Beiträge gab es im späteren Verlauf immer wieder.

Auch die antikapitalistische Ausrichtung der Zeitung wurde bereits zu Beginn des Untersuchungszeitraums deutlich. „Wir wissen, dass das Kapital nicht ernsthaft gegen Rassismus kämpft, sondern sich nur um das Image des Landes im Ausland sorgt“, hieß es. Das Kapital interessiert sich nicht für die Opfer. Empirisch begründet wurde die Behauptung nicht.

Täter*innen austauschbar?

Die Täter*innen wurden in der Yeni Hayat oft als „Zwickauer Zelle“ bezeichnet – am 9. Dezember 2011 auch verharmlosend als „Trio“. Später dominierten die Bezeichnungen „rassistische Terrororganisation“ und „faschistischer NSU“. Am 10. Mai 2013 machte die Yeni Hayat mit zwei Fotos auf. Oben waren Demonstrant*innen zu sehen, die Bilder der NSU-Opfer hochhalten. Unten war ein Foto von Beate Zschäpe im Gerichtssaal abgedruckt. Sie hatte den Kameralenten den Rücken zugewandt. Zschäpes Gesicht war nicht zu sehen, sie war damit nicht als Individuum zu erkennen. Sie wirkte als Person austauschbar. Passend hierzu beschäftigt sich die Yeni Hayat vergleichsweise wenig mit der Biografie und den Motiven von Zschäpe. Sie erschien als Charaktermaske.

Immer wieder ging es in der Berichterstattung der Yeni Hayat darum, dass der NSU Unterstützer hatte. Neben der Frage, welche Rolle der Verfassungsschutz innehatte, spielte auch die nach Hintermännern in der rechtsextremistischen Szene eine Rolle. In der ersten Ausgabe nach Beginn des Prozesses beschrieb die Yeni Hayat nicht nur Beate Zschäpe und ihre Anwälte, sondern

auch alle mutmaßlichen Unterstützer*innen recht ausführlich. Offensichtlich ging es der Yeni Hayat darum zu zeigen, dass es nicht nur ein NSU-Problem gibt, sondern ein allgemeineres Problem mit rechtsextremen Organisationen und mit Rassismus.

Opferperspektive kaum vorhanden

Die Opfer und ihre Angehörigen kamen in der Yeni Hayat zunächst überhaupt nicht als handelnde Personen vor. Die Opferperspektive tauchte erst am 2. März 2012 auf, als über die zentrale Trauerfeier für die Angehörigen der Opfer berichtet wurde. In einem Kasten wurde aus den Reden von Semiya im ek und Gamze Kuba ik zitiert. Semiya im ek wird dabei als „Semiye im ek“ bezeichnet, was symptomatisch für die Vernachlässigung der Opferperspektive in der Yeni Hayat erscheint.

Erst am 12. April 2013 druckte die Yeni Hayat ein Interview mit der Angehörigen eines Opfers ab. Am Rande einer Gedenkveranstaltung zum siebten Todestag von Mehmet Kuba ik sprach die Zeitung mit seiner Tochter Gamze. Sie sagte, dass ihre Familie eine gerechte Strafe für die Täter erwarte. Sie äußerte auch die Vermutung, dass die Sicherheitsbehörden Verbindungen zu den Morden haben könnten. Gamze Kuba ik beschrieb falsche Unterstellungen:

„Bis vor eineinhalb Jahren wurde mein Vater als eine Heroin konsumierende und Kontakt zur Mafia und zur PKK unterhaltende Person dargestellt. Es wurden Dinge gesagt, die überhaupt nicht stimmten. Das hat uns sehr traurig gemacht. Mein Vater war ein sehr guter Mensch. Er war jemand, der seiner Familie verbunden und gegen solche Dinge war. Aus diesen Gründen wollte ich ein Jahr lang nicht aus meinem Zimmer gehen. Die Menschen haben hinter meinem Rücken geredet. Das war sehr bitter.“ (Bir buçuk sene önce sine kadar benim babam eroin içen, mafyayla, PKK ile bağlantılı bir kişi olarak gösteriliyordu. Hiç doğru olmayan şeyler söylendi. Bu durum bizi çok üzüyordu. Çünkü beni babam çok iyi bir insandı. Ailesine bağlı ve bu türden şeylere karşı bir insandı. Bütün bunlar oldu için bir sene boyunca odamdan dışarıya çıkmak istemedim. İnsanlar arkamdan konuşuyordu. Bu çok acı verici bir şeydi.)

Der Interviewer fragte Kuba ik, was sie gegen Faschismus tun wolle und was sie türkeistämmigen Jugendlichen rate. „Ich bin ab jetzt für den Kampf gegen Faschismus und Rassismus offen“, antwortete Kuba ik. „Ich werde jederzeit dafür kämpfen, dass sich so etwas nicht wiederholt.“ Am Ende des Interviews bezeichnete sie Dortmund als ihre Heimat. In die Türkei auszuwandern, wäre wie eine Flucht gewesen, so Kuba ik. Festzuhalten ist, dass die Opfer in der Zeitung nicht zu Wort kamen, solange sie Opfer sind. Erst als Gamze Kuba ik sich in der Nähe von politischen Aktivist*innen verortet, wurde sie beachtet. Und erst mit dem Prozessbeginn werden die Opferangehörigen in ihrer Rolle als Opfer wahrgenommen.

Die migrantische Sicht auf die Taten wurde in der Yeni Hayat vor allem durch politisch handelnde Personen vermittelt. Dabei sind vor allem Sevim Da delen als migrationspolitische Sprecherin der Linkspartei im Bundestag zu nennen sowie der Grünen-Abgeordnete Memet Kılıç. Darüber hinaus gibt es etliche Artikel über Mahnwachen, Kundgebungen und Demonstrationen, an denen die DIDF beteiligt war. Dabei wurde ein positives Deutschland-Bild vermittelt, weil in der Regel Deutsche und Migrant*innen gemeinsam gegen Rassismus eintreten, was so auch immer wieder betont wird.

Am 20. Januar widmete die Yeni Hayat einer Untersuchung der Hacettepe Universität einen ganzseitigen Artikel. In der Studie wurden Deutsch-Türken nach ihrer Meinung zu den NSU-Morden befragt. Diese Untersuchung hat nur vereinzelt den Weg in deutsche Massenmedien gefunden. Die Deutsche Presse-Agentur hat dazu keine Meldung verfasst. Andere türkische Zeitungen haben hingegen die Studie ebenfalls aufgegriffen. Auf die Frage, ob die Morde nach Einschätzung der Befragten vom deutschen Staat unterstützt oder gedeckt wurden, antworteten laut der Yeni Hayat 55 Prozent mit ja und 21 mit Nein, der Rest war unentschieden. 73 Prozent glauben demnach, dass deutsche Politiker*innen versuchen, das Thema unter den Tisch zu kehren. Zugleich sahen 78 Prozent die Morde als Taten einer kleinen Gruppe an und machten nicht die gesamte deutsche Bevölkerung verantwortlich. Sieben Prozent der Befragten gaben an, Angst zu haben, 73 Prozent sagten, sie seien traurig angesichts der Taten. 77 Prozent stimmten der Aussage zu, dass sie trotz der Taten nicht daran denken, in die Türkei zurückzukehren.

Platzvergabe bei NSU-Prozess

Das Problem der Platzvergabe war in der Yeni Hayat zum ersten Mal am 15. März 2013 Thema. Am 12. April 2013 schrieb die Yeni Hayat ausführlich über den bevorstehende NSU-Prozess. Im Leitartikel auf der Seite 2 wurde der Prozess als einer der wichtigsten Prozesse im Nachkriegsdeutschland bezeichnet. Zugleich wurde die Erwartung formuliert, dass die Verbindungen des Staates zu rassistischen Organisationen aufgearbeitet werden. Würden aber stattdessen nur fünf Personen verurteilt, sei es klar, dass vom Prozess keine ernsthaften Auswirkungen ausgehen werde (Yok e er bunu yapma yerine, sadece 5 kiinin yargılanmasıyla sınırlı kalırsa, o zaman bu davadan ciddi bir sonucun çıkmayacağı ortadadır). Hier thematisierte die Zeitung sich selbst. Auch wenn das Gericht der internationalen Presse den Zugang verwehre, werde Yeni Hayat zu Prozessbeginn vor dem Gerichtsgebäude sein und das Geschehen verfolgen. Am 10. Mai 2013 erklärte die Zeitung, dass das Schwesterblatt Evrensel einen festen Platz beim Prozess erhalten habe und die Yeni Hayat daher ausführlich berichten kann. Auch hieß es, dass die Evrensel ihren Platz mit der taz und dem Neuen Deutschland teilen werde.

Wie wichtig es auch den Opferangehörigen war, dass türkische Medien im Gericht sind, wurde in einem Artikel der Yeni Hayat vom 10. Mai 2013 deutlich. Ismail Yozgat sagte darin, dass seine Familie dem Verfahren aus Protest ferngeblieben wäre, falls der türkischen Presse kein Zugang

gewährt worden wäre (E er, Türk basını davaya alınmasaydı biz de bunu protesto edip davaya girmeyecektik. Bu konuda açık olarak tavır koyduk.)

Zaman

Die Berichterstattung der Zaman war sehr ausführlich und überwiegend streng nachrichtlich. Die Zeitung kam ohne Zuspitzungen und Polemiken aus. Die meisten Artikel behandelten Diskussionen, die die Taten in der deutschen Politik verursacht haben. Während in der Sabah viele SPD- und Grünen-Politiker zu Wort kamen und in der Yeni Hayat vor allem Politiker der Linkspartei und der Grünen, zitierte die Zaman auch CDU/CSU-Politiker häufig. Die Zeitung vermittelte damit eine größere Breite an Meinungen und Stellungnahmen. Viele der erschienenen Artikel hätten auch in deutschen Zeitungen stehen können.

„Döner-Morde“ präsent

Im Gegensatz zur Sabah zeigte die Zaman einen reflektierteren Umgang mit dem Begriff der „Döner-Morde“. In dem Artikel „Hinter den Döner-Morden in Deutschland stecken Neonazis“ (Almanya'daki 'dönerci cinayetlerinin' arkasından neonaziler çıktı) vom 13. November 2011 wurde der Begriff in Anführungszeichen benutzt. Dennoch zeigte sich in dem Artikel, wie präsent der Begriff damals auch in türkischen Zeitungen war. „Döner-Morde“ kam im Text ganze neun Mal vor. Einen Alternativ-Begriff hatte die Zaman zu diesem Zeitpunkt nicht. Auch in den folgenden Tagen und Wochen war von Döner-Morden die Rede, mal in Anführungszeichen, mal hieß es „sogenannte Döner-Morde“. Erst im Januar 2012 verschwand der Begriff aus der Berichterstattung der Zaman. Später war vor allem von „rassistischen Morden“ oder „Neonazi-Morden“ die Rede.

Am 18. Januar 2012 erschien ein Gastbeitrag von Murat Erdo an, einem Dozenten der Hacettepe Universität, in dem er die Ergebnisse einer Studie seiner Universität zu Meinungen und Gefühlen von türkischstämmigen Migrant*innen zu den NSU-Morden darstellte (mehr dazu oben im Kapitel über Yeni Hayat). Darin kritisierte Erdo an auch die Verwendung von „Döner-Morden“. Es ist das einzige Mal, dass in einer türkischen Zeitung die Begriffsverwendungen thematisiert werden.

Häufige Diskursverknüpfung zu NPD und Rassismus

Schon in einem Artikel am 13. November 2011 wurden der SPD-Politiker Ralf Stegner und der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dieter Graumann, mit Forderungen nach einem NPD-Verbot zitiert. Die NPD war in der Zaman sehr häufig Haupt- oder Nebenthema von Artikeln. Allein Ende 2011 am 14. November, 16. November, 28. November, 30. November, 6. Dezember, 10. Dezember, 19. Dezember, 20. November, 21. Dezember und am 23. Dezember. Dabei behandelte die Zeitung die Unterstützung von NPD-Mitgliedern für den NSU oder Diskussionen um ein NPD-Verbot.

Am 17. November 2011 wurde zum ersten Mal in der Zaman die Sicht von Migrant*innen dargestellt. Dabei ging es unter anderem um die Anschläge von Mölln und Solingen. Die frühe Erwähnung der Anschläge im Zaman-Diskurs zeigt ihre große Bedeutung im Gedächtnis der Türkischstämmigen. Die türkische Bevölkerung sei im 50. Jahr der Migration in Deutschland wieder einmal mit der traurigen Seite der Migrationsgeschichte konfrontiert: Mit dem rassistischen Terror, der sich nach den Anschlägen von Solingen und Mölln und nach 140 Toten seit der Wiedervereinigung zeigte (Almanya'da göçün 50. yılını ya ayan Türkler, göç tarihinin acı yüzüyle bir kere daha karşılaştı: Daha önce Solingen ve Mölln'de kendini gösteren ve iki Almanya'nın birleşme yılı olan 1990'dan beri 140'tan fazla insanın ölümüne sebep olan ırkçı terör.). Besonders in Ostdeutschland hätten türkische Gewerbetreibende nun Angst. Die Zeitung zitierte in diesem Zusammenhang einen Dönerimbissbetreiber aus Rostock.

Mehrfach nutzte die Zeitung die Diskussion um die NSU-Morde, um das Problem des Rechtsextremismus in Deutschland im Allgemeinen zu behandeln. Am 5. März 2012 erschien ein Artikel mit der Überschrift „In Deutschland gibt es auch andere Neonazi-Gruppen, die gewaltbereit sind“ (Almanya'da iddete hazır başka Neonazi grupları da var). Der Text behandelte Razzien bei der rechtsextremen Hamburger Gruppe „Die Unsterblichen“.

Die Berichte über die deutschen Sicherheitsbehörden wurden Mitte 2012 kritischer. Wie andere türkische Zeitungen schrieb die Zaman über Aktenvernichtungen und den Rücktritt des Verfassungsschutzpräsidenten Fromm. Darüber hinaus kam mehrfach der Vorsitzende des NSU-Untersuchungsausschusses, Sebastian Edathy, mit Kritik an den Sicherheitsbehörden zu Wort. Es ging dabei um die fehlende Kooperation des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) mit dem Ausschuss und um eine stärkere Kontrolle der Sicherheitsbehörden. Am 19. September 2012 sagte die Ombudsfrau für die Hinterbliebenen der Opfer des NSU, Barbara John, im Gespräch mit der Zaman, sie habe ihr Vertrauen in das „Sicherheitssystem“ in Deutschland verloren. Einen Monat später, am 17. Oktober 2012, schrieb die Zaman darüber, dass ein Gründer des deutschen „Ku-Klux-Klan“-Ablegers für den Verfassungsschutz gearbeitet haben soll. Überschriften ist der Artikel mit „Neuer Skandal bei Verbindung von deutschem Staat zu rassistischen Organisationen“ (Almanya'da devlet ile ırkçı örgüt ili kisinde yeni bir skandal).

Wie wichtig der Zaman das Versagen der Sicherheitsbehörden und politische Konsequenzen waren, und nicht eine Wiedergutmachung für die Opfer, zeigte ein Artikel zum ersten Jahrestag der Aufdeckung des NSU. Der Autor resümierte, dass die Untersuchungen die „skandalösen Verbindungen“ der Geheimdienste mit Neonazis offenbart hätten. Jedoch hätte die Politik keine Verantwortung übernommen (Almanya'da 2000-2007 yılları arasında öldürülen sekiz Türk'ün, a ırı sa cılarca katledildi inin tespit edilmesinin ardından bir yıl geçti. Ba latılan soru turma Alman istihbaratıyla Neonaziler arasındaki skandal ili kileri gözler önüne serdi. Ancak hâlâ skandalların sorumlulu unu üstlenen bir siyasi çıkmadı). Im weiteren Verlauf sprach der Autor sogar von einem „derin devlet“, einem tiefen Staat. Der Ausdruck bezeichnet in der Türkei Parallelstrukturen zu staatlichen Einrichtungen, also einen Staat im Staate. Opferangehörige wurden im Artikel nicht zitiert, nur die Ombudsfrau für die Hinterbliebenen, Barbara John.

Aufgrund der islamisch-konservativen Ausrichtung der Zaman ist es nicht verwunderlich, dass wiederholt Stellungnahmen deutscher Muslim*innen aufgegriffen wurden. Am 25. November 2011 berichtete die Zeitung über einen offenen Brief des Koordinationsrates der Muslime. „Als Muslime in Deutschland sind wir in großer Sorge, in diesen Tagen leben wir mit angsterfüllten Gefühlen in Sorge.“ Und weiter: „Rechtsextremes Denken gefährdet den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und die Demokratie.“ (Almanya'daki Müslümanlar olarak büyük bir endişe içindeyiz, bugünlerde korku dolu duygularla endişe içinde ya ıyoruz." denildi. KRM dönem sözcüsü Bekir Albo a tarafından okunan açık mektupta, "A ırı sa dü üncesi toplumumuzda birlikte ya am için bir tehlikedir ve demokrasimizi tehdit ediyor.) Auch der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Aiman Mazyek, kam im Untersuchungszeitraum in mehreren Artikeln zu Wort. Er wurde im Frühjahr 2013 in seiner Funktion als Sprecher des Koordinierungsrates der Muslime zitiert.

Es gibt deutliche Parallelen in der Berichterstattung der Zaman und der Stellungnahme der Islamverbände. Beide machen auf das generelle Problem des Rassismus und Rechtsextremismus aufmerksam.

Opferperspektive wenig beachtet

Opfer kamen in der Zaman seltener als in der Sabah zu Wort. Am 23. Februar 2012 kündigte die Zeitung die zentrale Gedenkfeier für die NSU-Opfer an. Dabei wurde ein Fokus auf Enver im eks Tochter Semiya gelegt. Sie habe erklärt, dass sie in die Türkei auswandern wolle, so die Zeitung. Erst mehr als ein Jahr später behandelte ein Artikel wieder ausführlich die Sicht einer Opferangehörigen, erneut ging es dabei um Semiya im ek. Bei der Vorstellung ihres Buches „Schmerzliche Heimat“ habe sie Deutschland als ihre Heimat bezeichnet und angekündigt, eines Tages hierhin zurückzukehren. Am 5. Mai 2013, unmittelbar vor Beginn des NSU-Prozesses, zitierte die Zaman Opfer-Anwälte, aber keine Angehörigen. Auch während des Prozesses wurden die Hinterbliebenen der Opfer kaum beachtet.

Deutschland-Bild nicht durchgehend negativ

In der Zaman wurde wiederholt betont, dass deutsche Regierungspolitiker*innen auf die Ängste der Migranten eingingen. Das verhinderte einen allzu negativen Blick auf die Politik seitens der Leser*innen. Ein Beispiel hierfür war der Artikel „Deutsche Minister haben Morde auf den Tisch gepackt“ (Alman bakanları, cinayetleri masaya yatırdı) vom 18. November 2011. Nach einem Sicherheitsgipfel, an dem Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich und Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, die Landesinnenminister sowie die Chefs von Verfassungsschutz, BKA und der Generalbundesanwalt teilgenommen hätten, habe Friedrich erklärt, dass alles unternommen würde, damit sich Migrant*innen in Deutschland sicher fühlen könnten. Die Landesinnenminister hätten sich bei den Opfern und ihren Angehörigen entschuldigt, weil sie die Taten nicht verhindern konnten.

Ein positives Deutschland-Bild wurde auch durch Berichte über Kundgebungen von Migrant*innen und Deutschen erzeugt. Dies geschah seltener als in der Yeni Hayat, aber deutlich häufiger als in der Sabah und Hürriyet. Ein Beispiel hierfür war der Artikel „Das Vertrauen der Türken ist an die Aufklärung der Neonazi-Morde gebunden“ (Türklerin güveni, Neonazi cinayetlerinin tamamen aydınlatılmasına bağlı) vom 22. Januar 2012. Der Text beschrieb eine Menschenkette von Migrant*innen und Deutschen, die den Bombenanschlag an der Keupstraße sieben Jahre zuvor verurteilten. Im Artikel wurden mehrere Kommunal- und Landespolitiker*innen zitiert, die an der Menschenkette teilnahmen. Dies bestätigt die Elitenorientierung der Zeitung, die sich an vielen Stellen zeigt. Als einziger Nicht-Politiker kam der Vorsitzende der Interessengemeinschaft Keupstraße, Mitat Özdemir, zu Wort: „Unsere Straße erlebte vor sieben Jahren einen Bombenanschlag. Das eigentlich Traurige ist, dass die Wahrheit bis heute verdeckt wird. Nach dem Angriff wurde gesagt, ‚das ist euer Problem, der Angriff erfolgte innerhalb eurer Gemeinde‘. Diesen Schmerz spüren wir noch immer. Heute wollen wir dagegen protestieren. Damit hier so etwas nie wieder passiert, geben sich Türken und Deutsche die Hand und bilden eine Menschenkette.“ (Caddemiz yedi yıl önce bombalı saldırıya uğradı. Esas üzücü olan gerçeklerin bugüne kadar örtülmesidir. Saldırıdan sonra, 'Bu sizin konunuz, saldırı kendi toplumunuz arasında gerçekleşti' denildi. O acıyı hala hissediyoruz. Bugün birlikte tüm bunları protesto etmek istiyoruz. Burada böyle bir şeyin bir daha ya anmaması için Türk ve Almanlar olarak el ele verip insan zinciri oluşturuyoruz" dedi.)

Hürriyet

Starke diskursive Dynamiken

Zu Beginn des Untersuchungszeitraums ließ die Hürriyet mehrere Regierungspolitiker*innen zu Wort kommen. Ihre Aussagen zeugten davon, dass sie sich auf die Migrant*innenbevölkerung zubewegen. So wurde Kanzlerin Merkel mit den Worten „diese Taten müssen uns beschämen“ zitiert. Innenminister Friedrich räumte ein, dass es Fehler gegeben habe, schrieb die Hürriyet. Und Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger kündigte an, dass Angehörige von Opfern Entschädigungszahlungen erhalten werden. Zudem berichtete die Hürriyet am 23. November 2011 von einer Schweigeminute im Bundestag und ließ den Bundestagspräsidenten Norbert Lammert mit Sätzen des Bedauerns zu Wort kommen. Ein mögliches NPD-Verbot war in diesem Zeitraum weniger stark Thema als bei der Zaman oder der Yeni Hayat. Der erste ausführliche Artikel über Diskussionen um ein NPD-Verbot erschien am 22. Januar 2012. Ende März wurde die Diskussion um ein Verbot der NPD erneut Thema in der Zeitung. Auch das Versagen der Sicherheitsbehörden wurde zunächst nicht breit thematisiert. All dies ist ein Beleg für eine zurückhaltende und eher regierungsnah positionierte Haltung der Hürriyet.

Im Laufe des Jahres 2012 nahm die Zeitung eine immer kritischere Haltung ein. Die Rolle der Sicherheitsbehörden war besonders im Juni und Juli des Jahres ein dominierendes Thema. Die Hürriyet berichtete unter anderem über Aktenvernichtungen im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen den NSU und über die Rücktritte des Verfassungsschutzpräsidenten Heinz Fromm und des sächsischen Landesverfassungschefs Reinhard Boos. Zwischenzeitlicher Höhepunkt der kritischen Berichte war der 13. Juli 2012. An diesem Tag erschien ein Artikel mit der polemischen Überschrift „Bei den deutschen Sicherheitsbehörden gibt es keine Akte, die nicht verbrannt wurde (Alman istihbarat servisinde yakılmadık dosya kalmadı)“. Laut der ARD-Sendung „Monitor“ seien beim Bundesamt für Verfassungsschutz mehrfach Akten zum NSU vernichtet worden, so die Zeitung.

Ähnlich wie anderen türkischen Zeitungen fiel es der Hürriyet nicht leicht, passende Begriffe für die Taten zu finden. „Döner-Morde“ kamen – mal mit Anführungszeichen, mal ohne – im Juni, Juli und Oktober 2012 vor. Sogar im Mai 2013 tauchte der Begriff noch einmal auf. Parallel dazu wurde von „türkischen Morden“ gesprochen, so im November 2011, im Januar, Juni und Juli 2012. Aber der Begriff setzte sich im Hürriyet-Diskurs nicht durch. Später war häufiger von „rassistischen Morden“ die Rede.

Rassismus thematisiert

Am 5. Dezember 2011 beschrieb die Hürriyet, dass der deutschen Außenminister Guido Westerwelle am Rande eines Treffens mit seinem Amtskollegen Ahmet Davuto lu erklärte, dass Rassismus in Deutschland keinen Platz habe und verfolgt werde. Die Hürriyet schrieb hingegen im weiteren Verlauf des Artikels, dass das „Rassismus-Moor“ weiter wachse. Drei Belege wurden genannt: Es sei bekannt geworden, dass der NSU ein rassistisches Brettspiel namens „Pogromly“ für 100 Euro vertrieben habe. Das Geld sei zur Unterstützung seiner Organisation verwendet worden. Zudem wurde die Frage gestellt, ob Zschäpe als Agentin für den deutschen Geheimdienst gearbeitet habe. Ein Brief von Uwe Mundlos an seinen Vater nähere den Verdacht. Auch sei ein Bericht der ARD-Sendung „Panorama“ aus dem Jahr 2007 wieder in der Diskussion. Der Beitrag zeigte, dass in Sachsen-Anhalt Polizeibeamte versetzt wurden, die sich intensiv gegen Rechts eingesetzt hatten.

Am 5. November 2012 berichtete die Hürriyet von einer Demonstration in Berlin anlässlich des ersten Jahrestages der Aufdeckung des NSU. Die Teilnehmenden seien hinter einem Transparent mit der Aufschrift „das Problem heißt Rassismus“ gelaufen. Der Artikel ist mit „In Deutschland heißt das Problem Rassismus“ überschrieben.

Opfersicht erst spät aufgenommen

Auch in der Hürriyet wurde erst spät die Sicht der Opfer dargestellt. Selbst in der Berichterstattung über die zentrale Gedenkfeier für die Opfer des NSU kamen die Angehörigen kaum vor. Stattdessen war der Artikel stark auf Kanzlerin Angela Merkel fokussiert. „Dieses Foto sagt sehr viel aus“, lautete die Überschrift eines Artikel. Auf dem Bild war zu sehen, dass Merkel bei der Veranstaltung in der ersten Reihe zwischen dem Vater und dem Bruder des NSU-Opfers Halit Yozgat saß. Merkel war auch die einzige Person, die im Artikel zitiert wurde. Der Artikel ist ein Beleg dafür, dass die türkischstämmigen Migrant*innen genau beobachtet haben, wie sich die politische Elite in Deutschland positionierte.

Erst am 1. Oktober 2012 wurde Ismail Yozgat in der Hürriyet ausführlich zitiert. Der Artikel ist ein Bericht von der Einweihung des nach dem NSU-Opfer Halit Yozgat benannten Platzes in Kassel. Nachdem mehrere Politiker*innen zitiert wurden, kam Ismail Yozgat zu Wort:

Wir wollen allen danken, die einen Anteil an diesem Platz haben, vor allem dem Kasseler Bürgermeister. Wir haben keinerlei finanzielle Wünsche. Wir wollen, dass die Täter bestraft werden. Jedoch hören wir, dass Akten verbrannt, vernichtet wurden. Wir wollen, dass diejenigen, die das gemacht haben, und diejenigen, die sie beschützt haben, bestraft werden. Wir wollten, dass die Holländische Straße in Halitstraße umbenannt wird. Das ist nicht geschehen. Solange ich lebe, werde ich diesen Wunsch haben. Wir glauben an die deutsche Justiz und die Gerechtigkeit und wollen auch weiterhin daran glauben. (Kassel

Belediye Başkanı olmak üzere bu meydanda emeği geçen herkese teşekkür ederim. Bizim maddi hiçbir isteğimiz yoktur. Katillerin yakalanmasını istiyoruz. Ancak dosyaların yakıldığını, yok edildiğini duyuyoruz. Bunları yapanların ve koruyanların yargılanmasını istiyoruz. Hollaendische Caddesi'nin Halit Caddesi olmasını istemiştik. Bu olmadı. Ancak ben ya adı mı müddetçe bu istek daima kalbimde olacak ve hissedeceğim. Almanya'nın yargısına ve adaletine inanıyoruz ve bundan sonra da güvenmek istiyoruz.)

Bemerkenswert ist auch ein Brief, den die Familie Kubanik am Rande eines Treffens in Kanzleramt an Angela Merkel übergab. Die Hürriyet hat ihn am 3. Juni 2013 veröffentlicht.

Sehr geehrte deutsche Kanzlerin Angela Merkel,

unsere Familie ist glücklich über Ihre Einladung, wir danken Ihnen.

In unseren Herzen sind so viele Dinge, die wir erzählen wollen, daher haben wir uns zu diesem Brief entschieden. Wir hoffen, dass Sie uns antworten werden.

Wir haben die Hoffnung, dass Ihre Einladung keine politische Formsache ist und dass Sie Ihre Versprechen, die Sie uns geben, halten werden. Im vergangenen Februar sind wir der Einladung von Bundespräsident Gauck gefolgt, jedoch haben uns die Entwicklungen seitdem desillusioniert.

Damals, unmittelbar nach der Ermordung meines Vaters, hat uns die Polizei gesagt, wir müssten sofort unseren Kiosk schließen. Im Kiosk befanden sich viele Waren, die unsere damalige materielle Situation verbessert hätten. Außerdem waren im Depot viele persönliche Gegenstände. Obgleich des Drucks der Polizei war niemand von uns in der Lage, einen Schritt in den Kiosk zu machen. Auch niemand von unseren Freunden hat sich getraut, in den Kiosk zu gehen. Im Depot befanden auch neue Fahrräder, die unser Vater für uns gekauft hatte. Ich erinnere mich, wie mein Bruder Ergün wochenlang geweint hat, weil er sein Fahrrad haben wollte. Wir konnten ihm nicht erzählen, warum wir sein Fahrrad nicht dort rausholen konnten. Nach einer gewissen Zeit mussten wir ihm erzählen, dass sein Rad gestohlen wurde. Schließlich wollte man, dass wir eine Abdankungserklärung unterschreiben, wir wissen bis heute nicht, wo unsere Sachen sind.

Sehr geehrte Frau Kanzlerin, wissen Sie, wie es ist, den Menschen, die für den Tod unseres Vaters, dem Mann unserer Mutter, verantwortlich sind, gegenüberzusitzen?

Zusammen mit meiner Familie haben wir auf den Beginn des Prozesses gewartet. Und ich frage Sie, müssen wir die Provokationen der Angeklagten ertragen? Was, glauben Sie, ist es für ein Gefühl, den Angeklagten, die bei den Verhandlungen locker mit einem Computer auf dem Schoß beschäftigt sind, gegenüberzusitzen? Der Verlauf des ersten Verhandlungstages hat in uns tiefe Trauer hervorgerufen, die Vertagung der Verhandlung bedeutete für uns eine große Niederlage.

Mittlerweile sind wir solche Reibereien gewohnt, für uns ist nun die Aufklärung der Taten mit allen Details von größter Bedeutung. Wichtig ist, dass die aufgedeckte Fehlerkette in Zukunft nicht mehr vorkommt. Was tun Sie, damit sich das nicht wiederholt?

Auch wenn die Arbeit des Richters langsam wirkt, hat er doch unser Vertrauen. Und auch wenn die Teilnahme an den Verhandlungen für uns physisch und psychisch strapazierend ist, ist sie dennoch wichtig.

Verehrte Frau Kanzlerin, wir vermissen in unserer Sache Ihre Unterstützung. Wir hatten erwartet, dass Sie beim vorhandenen Rassismus-Problem und bei den Unterstützern des Rassismus eine klare Haltung zeigen. Bitte verhindern Sie, dass in der Politik Rassismus und Diskriminierung passiv behandelt werden.

Am Ende unseres Briefes danken wir Frau John für ihre Unterstützung. Sie hat uns immer zugehört und uns nach ihren Möglichkeiten die helfende Hand gereicht. Besonders zu Beginn des Prozesses haben wir gemerkt, wie schwierig es ist, dass sie alleine ist. Es wäre gut, wenn ihr jemand helfen würde. Eine andere Bitte von uns ist, dass die Mittel erhöht werden, die uns die Teilnahme am Prozess ermöglichen.

Mit vielen Grüßen

Elif Kuba ık

Gamze Kuba ık und Serdar Aslan

Ergün Kuba ık

Mert Kuba ık

(De erli Almanya Ba bakanı Angela Merkel,

Ailemle birlikte davetinizden dolayı sevinçliyiz, size te ekkür ederiz.

Kalbimizde size anlatmak istedi imiz o kadar çok konu var ki, size bir mektup yazmaya karar verdik. Bize cevap yazaca ınızı umuyoruz.

Davetinizin siyasi formaliteden ziyade olmasını, bize verece iniz sözleri tutaca ınızı ümit ediyoruz. Geçti imiz ubat'ta Cumhurba kanı Gauck'un davetine uyduk, ancak kaydedilen geli meler ne yazık ki hayal kırıklı ına neden oldu. O zamanlar, babamın katledili inden hemen sonra polis bize büfeyi kapatmamız gerekti ini söyledi. Büfedeki çok sayıdaki mal-lar, anlık maddi durumumuzu iyile tirmeye yetecek kadardı. Ayrıca depomuzda çok sayıda özel e yalarımız vardı. Polisin ısrarına ra men hiçbirimiz büfeye adım atacak durumda de ildik. Arkada larımız arasından da kimse büfeye girmeye cesaret edemedi. Babamızın bize yeni aldı ı bisikletler de o depodaydı. Karde im Ergün'ün bisikletini istedi i için hafta-larca a ladı ını hiç unutmayaca ım. Ona bisikletini neden veremedi imizi anlatamıyorduk.

Belirli bir zaman sonra ona artık bisikletlerin çalındığını söylemek zorunda kaldık. Sonuç olarak feragat beyanı imzalamamız istendi ve e yalarımızın nerede olduğunu bugüne dek bilmiyoruz.

Sayın Ba bakan, babamız, annemizin e inin vah i ekildeki ölümünden sorumlu olan ki ilerin kar ısında oturmanın nasıl bir duygu oldu unu tahmin edebiliyor musunuz?

Ailemle birlikte adaletin yerini bulması için davanın ba lamasını bekledik. Ve size soruyorum sanıkların provokasyonlarına tahammül etmek zorunda mıyız? Rahat bir ekilde duru ma sırasında dizüstü bilgisayarı ile u ra an sanıkların kar ısında oturmak size göre nasıl bir duygu olmalı? İlk duru ma günün seyiri bizi derin üzüntüye itti, duru manın ertelenmesi bizim için büyük bir yenilgi anlamına geldi.

Artık bu tür sürtü melere alı tık ve olayların en ince ayrıntısına kadar aydınlatılması bizim için birincil derecede önemlidir. Önemli olan gelecekte ispatlanan hatalar zincirinin tekrar ya anmamasıdır. Bu nasıl ya anabilir sayın Ba bakan? Bunun tekrar ya anmaması için ne yapıyorsunuz?

Yargıcın çalı ması yava seyir etse de, bizim güvenimizi kazandı. Duru malar katılmak bizim için fiziksel ve ruhsal açıdan yıpratıcı olsa da önemlidir.

Sevgili sayın Ba bakan, davamızda deste inizden yoksun oldu umuzu dü ünüyoruz. Sizin mevcut ırkçı sorununa ve bunu destekleyenlere kar ı kesin bir tavır almanızı bekliyorduk. Lütfen siyasette ırkçılık ile ayrımcılık konularının gelecekte bu denli pasif ele alınmasının önüne geçin.

Mektubumuzun sonunda Bayan John'a çok tekkür ederiz. Bizi her zaman dinledi ve imkanları do rultusunda her zaman yardım elini uzattı. Özellikle davanın ba lamasıyla birlikte bayan John'un ihtiyaçlarımızı tek ba ına kar ılamasının güç oldu unu fark ettik. Ona yardım edecek birisinin olması iyi olacaktır. Di er bir ricamız ise bizim mahkemeyi izleyebilmemiz için tahsil edilen maddi deste in arttırılmasıdır.

Selamlarla

Elif Kuba ık

Gamze Kuba ık ile Serdar Aslan

Ergün Kuba ık

Mert Kuba ık)

Wie andere Opferfamilien zuvor beschrieb die Familie Kuba ık ihre Gefühle und formulierte die Hoffnung auf einen Prozess, der die Täter bestraft. Bemerkenswert an diesem Brief ist aber vor

allem seine politische Dimension. Die Familie äußerte ihre Enttäuschung über ein Treffen mit Bundespräsident Joachim Gauck, ohne jedoch die Gründe dafür näher zu erläutern. Am Anfang des Briefes wurde eine skeptische Haltung der Familie auch gegenüber Angela Merkel deutlich. Später wurde eine deutliche Kritik an der Kanzlerin formuliert. Die Familie erwartete von der Politik eine Haltung, die gegen Rassismus gerichtet ist. Aus ihrem Schicksal entwickelte sich somit eine politische Forderung. Das, was die Familie für sich selbst erbittet, ist im Vergleich höchst bescheiden: eine Erhöhung der Mittel, um am Prozess teilnehmen zu können. Die Familie zeigte in dem Brief, dass sie eine Wandlung durchgemacht hat. Aus den Opfern waren politisch handelnde Personen geworden, die von ihrem Schicksal abstrahieren und weitergehende Forderungen an die Kanzlerin formulieren. Im Brief wechselte die Familie mehrfach zwischen ihrer Perspektive als Betroffene und der als politisch denkende Menschen.

Verknüpfungen zu zahlreichen Diskursen

Am 17. September 2012 zeigte sich, dass der Diskurs um die NSU-Morde nicht nur mit anderen Anschlägen oder Gewaltausbrüchen von Rechtsextremen verknüpft werden, sondern auch mit integrationspolitischen Debatten. In dem Artikel „Das Buch, das in Deutschland für Diskussionen sorgen wird“ (Almanya’da tartı ma yaratacak kitap) ging es um ein Buch, das der Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky geschrieben hatte. Im Leadsatz des Artikels hieß es:

Während in Deutschland über Beschneidungen, über einen Film, der den Propheten Muhammad beleidigt, sowie über den NSU, der acht Türken getötet hat, und über die Rolle der Sicherheitsbehörden diskutiert wird, hat der Berlin Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky ein Buch geschrieben, das für Diskussionen sorgen wird. (Almanya’da sünnet tartı maları, Hz, Muhammed’e hakaret içeren Amerikan yapımı video filmi ve 8 Türk’ün de öldürüldü ü Nasyonal Sosyalist Yeraltı Örgütü (NSU) teröristleri tarafından i lenen cinayetler ve güvenlik birimlerin rolü yo un bir biçimde tartı ılırken, Berlin’in Neukölln İçe Belediye Ba kanı Heinz Buschkowsky, yeni bir tartı ma yaratacak bir kitap yazdı.).

Die Leser*innen der Zeitung haben das Buch aufgrund dieser Formulierungen sicherlich unter anderem vor dem Hintergrund der NSU-Morde interpretiert. Es erschien damit als ein harter Angriff auf die Türken in Deutschland.

Darstellung von Zschäpe

Bei der Darstellung von Beate Zschäpe wurde die Boulevard-Ausrichtung der Hürriyet sehr deutlich. Zschäpe wurde bereits im Januar 2012 als „Nazi-Braut“ bezeichnet. Das ist höchst problematisch und verharmlosend, weil sie damit nur in Bezug auf Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt

definiert wurde. Am 8. August 2012 erschien ein erster ausführlicher Artikel über sie. Aus Polizeiunterlagen, die der Hürriyet vorlägen, ginge hervor, dass Zschäpe Alkohol „extrem“ liebe. Nachbarn hätten der Polizei berichtet, dass sie am liebsten Champagner trinke. Bei ihrer Festnahme habe sie außerdem stark gestunken, schrieb die Zeitung.

Am 7. Mai 2013 widmete sich der Artikel „Die Nazi-Braut hat eine Show gemacht“ (Nazi gelini ov yapti) dem Verhalten und Aussehen von Beate Zschäpe am ersten Verhandlungstag. Ausführlich wurden darin die Bewegungen der Angeklagten, ihre Frisur und ihre Kleidung beschrieben. Zschäpe wurde als kalt und berechnend beschrieben. Auch in den Folgetagen beschäftigte sich die Zeitung mit dem Aussehen von Zschäpe. Wie auch andere türkische Zeitungen unterließ es die Hürriyet, Zschäpe als „Monster“ oder Ähnliches zu bezeichnen und sie damit zu entmenslichen.

In mehreren Artikeln wurde Zschäpe von der Hürriyet geduzt. „Beate wird ihre Mutter treffen“ (Beate annesiyle yüzle ecek) schrieb die Zeitung am 10. Oktober 2013. In einer deutschen Zeitung wäre eine solche Formulierung undenkbar gewesen. In der Hürriyet bewirkte das Duzen eine Nähe zur Täterin und gleichzeitig eine leichte Herabwürdigung ihrer Person.

Wie auch bei den anderen untersuchten Zeitungen fiel auf, dass während des Münchener Prozesses keine wesentlich neuen Diskurselemente eingeführt wurden. Die Linie der Berichterstattung der einzelnen Medien hatte sich zuvor herauskristallisiert. Der Prozess wurde streng nachrichtlich verfolgt, kommentiert wurde kaum. Besonders auffällig war das bei der Hürriyet. Sie überschrieb ihre Artikel zu den Verhandlungstagen oft mit „Der XX. Tag der NSU-Verhandlung ist abgeschlossen“. Selbst als Anfang Oktober 2013 der Vater des Kasseler NSU-Opfers Halit Yozgat, Ismail Yozgat, sehr emotional als Zeuge aussagte, blieb die Berichterstattung nüchtern.

Fazit

In allen untersuchten Zeitungen zeigte sich, dass Rassismus auch über den NSU hinaus thematisiert wurde. Am stärksten war dies bei der Yeni Hayat der Fall. Die Zeitung stellte die NSU-Morde in eine Reihe mit anderen rechten Gewalttaten. Bereits in einer Ausgabe Ende November rief die Zeitung im Zusammenhang mit dem NSU zu einer Abrechnung mit Rassismus auf. Die Zeitung forderte zudem stetig ein Verbot der NPD. Auch die Zaman griff Rassismus häufig auf und räumte der Diskussion um die NPD viel Raum ein. Sie blieb dabei aber fast immer nachrichtlich und polemisierte nicht.

Alle Zeitungen stellten eine Verbindung zu dem rechtsextrem motivierten Anschlag von Solingen her. Der Brandanschlag ist tief im kollektiven Gedächtnis der Migrant*innen verankert, wie die NSU-Berichterstattung deutlich machte. Es ist davon auszugehen, dass die Angst von Migrant*innen durch diese Erinnerung wächst. Denn die Menschen leben in dem Bewusstsein, dass Gewalttaten gegen ihresgleichen sich wiederholen können. Einige Opferangehörige wurden durch die Morde politisiert, wie die Beispiele von Gamze Kuba ik und Semiya im ek zeigten. Vermutlich wurden auch viele andere Menschen mit Migrationshintergrund durch die Morde und durch das Versagen der Sicherheitsbehörden politisiert. Dies alles bietet sicherlich Anknüpfungspunkte für Verbände, die sich mit Rassismus beschäftigen.

Viele Migrant*innen haben zweifellos ihr Vertrauen in die deutschen Sicherheitsbehörden verloren. Am ausführlichsten hat die Zaman ihr Versagen beschrieben. Auch für Yeni Hayat war dies ein wichtiges Thema. In kaum einer Ausgabe fehlte die Thematisierung der Rolle der Sicherheitsbehörden. Wie weiter oben dargelegt, hängt es von den Resultaten des NSU-Prozesses ab, ob neues Vertrauen gewonnen werden kann.

Das Versagen der Sicherheitsbehörden führte zwangsläufig zu einem negativen Deutschland-Bild in den türkischen Medien. Doch insgesamt ist zu sagen, dass die Zeitungen das Polemisierungspotenzial des Themas nicht ausnutzen. Es gab keine Nazi-Vergleiche über Deutschland als Ganzes. Zugleich haben die Zeitungen versucht, auch ein positives Deutschland-Bild zu zeichnen. In der Yeni Hayat und der Zaman geschah dies vor allem durch Berichte über Demonstrationen und Mahnwachen, an denen Deutsche und Migrant*innen teilnahmen. In der Hürriyet - und da vor allem zu Beginn des Untersuchungszeitraums - darüber, dass deutsche Politiker*innen wohlwollend zitiert wurden. Es war zu beobachten, dass die türkischen Zeitungen im Untersuchungszeitraum zunehmend kritischer über die Rolle der Sicherheitsbehörden berichteten, am auffälligsten war dies in der Hürriyet der Fall.

Die Darstellung von Beate Zschäpe war vergleichsweise zurückhaltend. Sie wurde nicht entmenschlicht und als Monster dargestellt, sondern lediglich als kalt und berechnend. In der Sabah

waren einzelne nationalistische Töne vernehmbar, als es um die Platzvergabe beim NSU-Prozess im Münchener Landgericht ging.

Die Sabah zitierte häufig Opfer und ihre Angehörigen. Ihre Sicht auf die Taten war besonders zu Beginn des Untersuchungszeitraums und zu Beginn des NSU-Prozesses sehr präsent. Damit erhielten die Berichte eine menschliche Dimension. Es fällt auf, dass die Betroffenen besonders oft von Trauer sprechen, weniger von Wut. Dies deckt sich mit der Untersuchung der Hacettepe Universität zu Migrant*innen in Deutschland. Diese Gefühlslage könnte eine Erklärung dafür sein, warum die Taten und ihre Aufarbeitung in der türkischen Community nicht zu politischen Aktionen geführt haben. Trauer ist ein Gefühl, das man am ehesten mit sich selber ausmacht.

Yeni Hayat und Zaman ließen nur selten Opferangehörige zu Wort kommen. Yeni Hayat vermutlich, weil sie in den Taten und im Umgang der Sicherheitsbehörden einen systematischen Fehler in der Gesellschaft und kein Einzelschicksal sah. Opfer wurden für die Yeni Hayat erst interessant, wenn sie sich politisch engagierten. Auch die Zaman scheint ein systematisches Problem zu sehen. Bei ihr kam jedoch eine Elitenfixierung (die es auch in den meisten deutschen Zeitungen gibt) hinzu. Das zeigen die vielen zitierten Stellungnahmen von Amts- und Mandatsträgern in der Zeitung.

Es wurde deutlich, dass die türkischen Zeitungen Probleme hatten, passende Begriffe für die Täter und die Taten zu finden. Die Sabah sprach zu Beginn des Untersuchungszeitraums sogar von Döner-Morden, ohne wenigstens Anführungszeichen zu benutzen. Später experimentierte sie mit verschiedenen Begriff, darunter auch mit „türkischen Morden“. Die Zaman setzte „Döner-Morde“ in Anführungszeichen, brauchte aber drei Monate, um Alternativbegriffe zu finden.